

Schweiz kann im Fall Adamov aufatmen

Die Schweiz ist knapp an einer Verurteilung vorbeigeschrammt. Der Europäische Gerichtshof hat die Beschwerde des Ex-Energieministers von Russland, Evgeny Adamov, abgewiesen.

Von Urs-Peter Inderbitzin

Strassburg. – Die Verhaftung und Inhaftierung des ehemaligen russischen Ministers für Atomenergie, Evgeny Adamov, durch die schweizerischen Behörden versties nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Adamov ist gestern mit einer Beschwerde in Strassburg knapp gescheitert.

Evgeny Adamov war im Mai 2005 in Bern aufgrund eines entsprechenden Gesuchs der USA verhaftet und zugunsten der USA in Auslieferungshaft gesetzt worden. Er sass bis Ende Dezember 2005 in Haft und wurde anschliessend an Russland ausgeliefert. Sowohl die Amerikaner als auch die Russen hatten Adamov vorgeworfen, als Direktor eines russischen Staatsunternehmens beziehungsweise als russischer Atomminister Gelder in Millionenhöhe unterschlagen zu haben. Vor drei Jahren wurde Adamov von der russischen Justiz wegen Betrugs und Amtsmissbrauch zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Klage gegen Schweiz

Nach seiner Auslieferung klagte Adamov die Schweiz beim Europäischen Gerichtshof an. Er warf der Schweiz vor, ihn in Verletzung des freien Geleits als Auskunftsperson in die Schweiz gelockt und dann verhaftet zu haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verwarf diese Argumentation mit knappen 4:3 Stimmen. Die Richter in Strassburg gingen davon aus, dass Adamov sich des Risikos der Anhaltung und einer allfälligen Auslieferung bewusst sein musste, als er sich in die Schweiz begab, um in einem gegen seine Tochter geführten Verfahren wegen Geldwäscherei als Auskunftsperson auszusagen. Den Vorwurf, die Schweiz habe treuwidrig gehandelt, als sie Adamov verhaftet und in Auslieferungshaft stecken liess, konnten die Richter nicht teilen.

Weiterzug möglich

Eine starke Gerichtsminderheit votierte dafür, dass Adamov die Freiheit nicht «auf gesetzlich vorgeschriebene Weise» entzogen worden war. Der Entscheid ist noch nicht rechtskräftig; Adamov kann ihn noch an den Gesamtgerichtshof ziehen.

Urteil 3052/06 vom 21. Juni

CVP fordert vom Bundesrat Masterplan zur Euroschwäche

Wegen der Stärke des Schweizer Frankens fordert die CVP vom Bundesrat Notfallpläne für einen Griechenland-Bankrott.

Von Christof Forster

Bern. – Das träge Schweizer Regierungssystem ist auf Schönwetterlagen ausgerichtet. Krisen früh zu erkennen und dann geschickt zu managen, ist nicht seine Stärke, wie die Libyen-Affäre und die Preisgabe von UBS-Kundendaten an die USA eindrücklich demonstriert haben. Die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments beklagte denn auch in einem Bericht zur Finanzkrise den «Mangel an kritischem Geist bei sämtlichen betroffenen Behörden».

Kritik an Schneider-Ammann

Je nach Ausgang der Schuldenkrise in Griechenland droht Unheil für die gesamte EU und damit unweigerlich auch für die Schweiz. «Wer etwas weiter denkt, sieht, dass wir in eine

sehr schwierige Situation laufen», sagt der Solothurner CVP-Nationalrat Pirmin Bischof. Doch die Reaktion des zuständigen eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements sei bislang eher hilflos. Bischof kritisiert damit auch den Vorsteher des Departements, FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Substanzielle Antworten zu den diversen Vorschlägen gegen den starken Franken habe es nicht gegeben. «Es wird zu wenig Denkarbeit geleistet», sagt Bischof.

Der Politiker fordert deshalb den Bundesrat im Namen der CVP auf, zusammen mit der Nationalbank und der Exportwirtschaft einen Masterplan zu erarbeiten. Es sollen verschiedene Szenarien – von der anhaltenden Euroschwäche bis zur Zahlungsunfähigkeit eines EU-Landes und dem Zusammenbruch der Eurozone – durchdacht werden.

Dieser Plan bietet die Grundlage, um konkrete Massnahmen für die Schweiz auszuarbeiten. Für den Fall, dass Griechenland in den kommenden Monaten zahlungsunfähig würde, hätte der Bundesrat dann bereits ei-

nen Aktionsplan. «Wir müssen die Zeit jetzt nutzen», sagt Bischof.

Masterplan kein Thema

Der CVP-Nationalrat liegt offenbar nicht ganz falsch. Ein Masterplan sei momentan kein Thema, sagt Christophe Hans, Sprecher von Bundesrat Schneider-Ammann.

Aktiver sind die Drähte zwischen der Nationalbank und der Regierung. Man sei mit dem Bundesrat laufend im Gespräch und tausche sich über verschiedene Szenarien aus, heisst es bei der Nationalbank. Das Direktorium treffe sich mit dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrats regelmässig zu Sitzungen. Der Euro sei im Ausschuss immer wieder Thema, sagt Roland Meier vom Finanzdepartement. Das Gremium, bestehend neben Schneider-Ammann aus den Vorsteherinnen des eidgenössischen Finanzdepartements und des Departements für auswärtige Angelegenheiten, trifft sich meist bei Bedarf zur Vorbereitung von Bundesratsgeschäften.

Der CVP gehen solche ad-hoc-Veranstaltungen zu wenig weit. Jemand

müsse das Heft in die Hand nehmen, sonst passiere zu wenig. «Ideal wäre eine Expertenkommission wie bei der Too-big-to-fail-Problematik», sagt Bischof. Es sei jetzt Sache des Bundesrats und im Speziellen des Volkswirtschaftsministers, zu handeln.

Druck auf den Bundesrat macht auch die Exportindustrie. «Die Situation wird sich im Sommer zuspitzen», warnt Claudia Moerker, Geschäftsleiterin des Verbands Swiss Export. Ihm sind mehrere Hundert kleiner und mittlerer Exportfirmen aller Branchen angeschlossen. In der Sommerpause sinkt der Umsatz in der Regel, während die Fixkosten gleich hoch bleiben. Angesichts der bereits angespannten Lage vieler Betriebe wird es laut Moerker zu Liquiditätsproblemen kommen. Der Verband fordert deshalb, dass die Exportindustrie vorübergehend steuerlich entlastet – sprich subventioniert – wird. «Damit könnten Härtefälle vermieden werden.»

Auswirkungen hat die Frankenstärke auch auf die Nachfolgeregelungen zahlreicher Betriebe. Diese könnten nicht mehr finanziert werden.

Aus der Blumenwiese ist ein Acker geworden



Mit der friedlichen Campierstimmung der vergangenen Monate ist es vorbei: Die Berner Polizei hat in der Nacht auf gestern das AKW-Protest-Camp vor dem Hauptsitz des Berner Energiekonzerns BKW geräumt. Bei der Polizeiaktion wurden 26 Aktivisten angehalten. Die Verantwortlichen des Camps bezeichneten die Räumung als «populistisch, feige und mutlos». So schwenke die rot-grüne Berner Stadtregierung auf die Schiene der Atomlobby ein.



Bilder Keystone

«So grausam waren die Robbenjäger hier noch nie»

Was in der EU verboten ist, ist hierzulande noch immer erlaubt: der Handel mit Robbenprodukten. Um dies zu ändern, haben Tierschützer gestern zuhause eine eidgenössische Petition mit 97 750 Unterschriften übergeben.

Von Hans Peter Roth

Bern/St. John's. – Vera Weber kann kaum auf den Monitor der hochauflösenden Kamera schauen. «So grausam waren die Robbenjäger hier noch nie», sagt sie. Im Helikopter schwebt sie vor der Küste Neufundlands über einem Boot der Jäger. Der Wind rüttelt. Alles ist in Bewegung: das Meer, die Boote, die spärlichen Eisschollen und die jungen Sattelrobben darauf. Kanadische Jäger nehmen sie oft aus über 200 Meter Distanz ins Visier. Schiessen – und treffen fast nie tödlich. Verletzt winden sich die Robbenbabys auf den Schollen. Bis die Jäger kommen, sie lebendig an Haken aufspießen und aufs Boot schleudern.

Diesen Frühling hat die Kampagnenleiterin der Fondation Franz Weber (FFW) die Robbenjagd an der kanadischen Atlantikküste zum dritten Mal beobachten können.

Seit Jahren kämpft die Tochter des bekannten Schweizer Umweltschützers Franz Weber gegen die Robbentötungen. «Angesichts der neusten Eindrücke aus Neufundland ist es für mich weniger verständlich denn je, dass der Ständerat letzten Herbst ein Handelsverbot für Robbenprodukte aus Kanada verworfen hat», erklärt Vera Weber. Anlässlich der Einreichung einer Petition für ein Importverbot bei der Bundesverwaltung präsentierte Vera Weber gestern in Bern ihre erschreckenden aktuellen Filmaufnahmen der Robbenjagd.

Grosses Befremden geäussert

Knapp 98 000 Unterschriften hat die FFW gemeinsam mit Ocean Care und weiteren Schweizer Organisationen nach dem umstrittenen Ständeratsentscheid innerhalb von neun Monaten gesammelt. Sigrid Lüber, die Präsidentin von Ocean Care, der Schwei-



Unterschriftenberg: Vera Weber übergibt die Petition in Bern. Bild Keystone

zer Organisation zum Schutz der Meeressäuger, äussert «groses Befremden» darüber, dass in der Schweiz bis heute kein Importverbot für Robbenprodukte verankert ist. «Damit ist die Schweiz eine Insel im EU-Raum.»

In der EU hingegen ist seit dem Sommer 2010 eine Verordnung in Kraft, die den Handel mit Robbenprodukten in der EU untersagt, «dies aus tierschützerischen Gründen und zum Schutz der öffentlichen Moral», wie Vera Weber von der FFW erklärt. Hiervon ausgenommen seien nur Produkte, die aus der traditionellen Jagd der Inuit und anderer indigener Gemeinschaften zum Zweck ihrer Existenzsicherung stammten.

Handel ist zurzeit marginal

Zu den gehandelten Robbenprodukten gehören mehrheitlich Robbenfelle zur Herstellung von Kleidungsstücken wie Mäntel, Schuhe, Stiefel, Mützen, Handschuhe oder Felleinlagen. Oder aber Robbenöl, aus dem Omega-3-Kapseln hergestellt werden. Eine von der FFW in Auftrag gegebene Untersuchung zeigt indessen, dass der Handel mit Robbenprodukten in der Schweiz zurzeit «marginal» ist, wie Vera Weber einräumt. «Doch genau deswegen sollte einem Handelsverbot nichts im Weg stehen. Szenarien, wie sie gewisse Ständeräte im Herbst an die Wand

malten, sind unbegründet.» Damit spricht die Umweltschützerin vor allem Bedenken von Theo Maissen an, Kanada könnte die Schweiz aufgrund eines Handelsverbots vor der Welthandelsorganisation WTO verklagen. Der Bündner CVP-Ständerat trug damit schliesslich dazu bei, dass eine Motion für ein Handelsverbot, die der Nationalrat zuvor diskussionslos mit 149:2 Stimmen gutgeheissen hatte, vom Ständerat im Herbst 2010 mit 19:16 Stimmen verworfen wurde.

Schlupfloch Schweiz?

Weber warnt, dass seitens Kanada zudem «klare Bestrebungen» im Gange seien, neue Absatzmärkte für Robbenprodukte zu erschliessen. «Da ist die Schweiz durch ihre Lage und Kaufkraft als Handelsplatz sehr interessant. Und weil sie sich im Herzen von Europa befindet, wächst die Gefahr, dass sich der Handel teilweise in die Schweiz verlagern könnte.» Mit diesen Argumenten sehen die Initianten der gestern überreichten Petition die Basis für eine neue Beratung im Parlament gelegt.